

30. August 2015



Energiewende – ist da gar nichts? So wie beim Kaiser mit den neuen Kleidern?

Schweiz soll über Energiestrategie 2050 abstimmen können!

Die Energiestrategie 2050 beinhaltet einen fundamentalen Kurswechsel in der Strompolitik und soll über 100 000 000 000 Franken kosten (100 Milliarden). Dies entspricht fünf NEAT-Bauten. Trotzdem wollen Bundesrat und Parlament dieses Grossprojekt der Bevölkerung nicht obligatorisch zur Abstimmung vorlegen. Aus ethischer Sicht ist dies nach Meinung der ACE, die sich seit über 30 Jahren mit den moralischen Aspekten der Schweizer Energiepolitik befasst, ein Affront gegenüber Bürger, Steuerzahler und Stromkonsument, der nicht hingenommen werden darf.

«Vor vielen Jahren lebte ein Kaiser, der so ungeheuer viel auf neue Kleider hielt, dass er all sein Geld dafür ausgab.» Im Märchen «Des Kaisers neue Kleider» glaubt der Kaiser, er trage herrliche Gewänder aus edelsten Stoffen, die mit grösster Kunstfertigkeit gewoben und genäht worden seien. Er steht dabei völlig nackt da und ist auf zwei Schelme hereingefallen, die ihn nur ausplündern wollen. Sie nutzen seine Schwäche, eine masslose Eitelkeit, gnadenlos aus. Niemand aus seinem Hofstaat getraut sich, ihm die Wahrheit zu sagen, obwohl alle sehen, dass er nichts anhat. Denn alle, auch die treuesten Diener und erfahrensten Staatsbeamten, opponieren nicht, aus Angst, sich zu blamieren, weil sie nicht sehen können, was offenbar alle anderen sehen. Nur ein kleines Kind lässt sich nicht bluffen und sagt vor allen Leuten: «Der Kaiser hat ja gar nichts an!»»



Grösstes schwimmendes Windrad 2015:
7 Megawatt Leistung – bei genügend Wind.

Schweizer Strompolitik als Märchen

Die heutige Stromdebatte in der Schweiz erinnert in vielem an Andersens Märchen «Des Kaisers neue Kleider». Die Schweiz ist kein Windland, trotzdem soll die Windkraft gefördert werden. Die Geothermie ist eine unerforschte und nicht alltagstaugliche Technologie, trotzdem spielt sie in den Überlegungen des Bundes eine zentrale Rolle. Strom aus Solarzellen kann zur Zeit nicht gespeichert werden, trotzdem soll auch er über alle Massen gefördert werden. Alle diese Neuen Erneuerbaren Energien produzieren nicht verbrauchergerecht, so dass zusätzliche Stromspeicher noch erfunden, Stromübertragungskapazitäten zugebaut und Verbrauchssteuerungen eingebaut werden müssen. Da die neuen Anlagen «nicht zuverlässig» produzieren, werden die bestehenden Kraftwerke trotzdem verfügbar bleiben müssen. Zu diesen gehören neben den Wasserkraftwerken auch die Kernkraftwerke, die in der Schweiz seit bald 50 Jahren ohne jeden ernsthaften Störfall zu jeder Tages-, Nacht-, und Jahreszeit Klima schonend Strom an Haushalte und Unternehmen liefern. Wenn sie abgestellt werden, wird ihr Strom mehrheitlich durch Atom- oder Kohlestrom aus dem Ausland ersetzt werden müssen. Die Schweiz hat seit Jahrzehnten einen praktisch CO₂-freien Mix aus Atom- und Wasserkraft, der sie weitgehend unabhängig macht und um den sie die meisten Länder beneiden. Trotzdem soll dieses bewährte Konzept ohne Not aufgegeben und durch eine neue Strategie, deren Folgen und Kosten niemand wirklich kennt, ersetzt werden – und erst noch, ohne dass die Bevölkerung darüber abstimmen soll.



KKW Leibstadt 1984: 1275 Megawatt Leistung – 7 x 24.

Bewährtes Konzept nicht ohne Not aufgeben.

Mitsprache der Bevölkerung hat Tradition

Die direktdemokratische Mitbestimmung ist in der Schweiz ein in der Verfassung verankertes Recht mit einer langen Tradition, auf welche die Schweizer Bevölkerung zu Recht stolz ist. Auch zum Thema Atomstrom hat die Schweizer Bevölkerung bisher jedes Mal das letzte Wort gesprochen:

1979: Eine Volksinitiative, die den Bau neuer Kernanlagen verhindern und die Betriebsbedingungen der bestehenden Werke erschweren will, wird vom Schweizer Stimmvolk abgelehnt.

1984: Die Volksinitiative «Für eine Zukunft ohne weitere Kernkraftwerke», die den Bau neuer Kernanlagen, verbieten will, scheitert am Nein des Stimmvolkes.

1990: Die Volksinitiative «Für den Ausstieg aus der Atomenergie» fordert nicht nur den Verzicht auf neue Kernkraftwerke, sondern auch die Stilllegung bestehender Anlagen. Die Vorlage wird abgelehnt. Die Volksinitiative «Stopp dem Atomkraftwerkbau (Moratorium)» wird hingegen angenommen. Während zehn Jahren dürfen keine Rahmen-, Bau-, Inbetriebnahme- oder Betriebsbewilligungen für neue Einrichtungen zur Erzeugung von Atomenergie erteilt werden.

2003: Die Volksinitiative «Strom ohne Atom – für eine Energiewende und die schrittweise Stilllegung der Atomkraftwerke» fordert erneut den Atomausstieg sowie die

Stilllegung aller Schweizer Kernkraftwerke nach maximal 30 Jahren Betriebsdauer. Die Kernkraftwerke Beznau-1 und -2 sowie Mühleberg sollen sogar innerhalb zweier Jahre vom Netz gehen. Das Verdikt des Schweizer Stimmvolks fällt überaus deutlich aus: Zwei Drittel der Abstimmenden sagen Nein. Auch eine zweite Vorlage scheitert an der Urne: Über 58 Prozent erteilen der Volksinitiative «MoratoriumPlus – für die Verlängerung des Atomkraftwerk-Baustopps und die Begrenzung des Atomrisikos» eine Absage.

«Zukünftig soll in Bern entschieden werden, wer wann wieviel Strom produzieren und wer wann wieviel Strom verbrauchen darf.»

Vor diesem Hintergrund ist man geneigt zu sagen, dass die Landesregierung es sich etwas leichtmacht, wenn sie sagt, diejenigen Kreise, die mit der Politik des Bundes nicht einverstanden seien, könnten ja das Referendum ergreifen. Es ist aus staatspolitischen Gründen störend, dass über viele Kleinigkeiten abgestimmt werden muss, nicht aber über das vermutlich teuerste Projekt des Schweizer Bundesstaates. Ein eigens vom Bund 2011 in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten (Bundesamt für Justiz: Verfassungsfragen zum Ausstieg aus der Kernenergie, Bern 8. August 2011) kommt ebenfalls zum Schluss, dass aufgrund der Grösse des Vorhabens eigentlich eine Volksabstimmung angezeigt sei. Und es ist stossend, dass Landesregierung und Parlament aufgrund des Ausmasses und der unabsehbaren Konsequenzen der Vorlage nicht von sich aus beschliessen, ihr Anliegen auf Verfassungsstufe zu regeln, was automatisch eine Volksabstimmung nach sich ziehen würde. Aber eben, manche Kaiser geben für ihre neuen Kleider alles Geld aus, lehrt das Märchen.

Unterwegs in die Planwirtschaft

Während noch vor kurzem in der Schweiz aus gutem Grund die Überzeugung vorherrschte, dass der Staat die gesetzlichen Rahmenbedingungen festsetzt, innerhalb derer sich die Unternehmen frei bewegen können, sollen heute und in Zukunft Produktion und Konsum von Strom von Behörden über eine Flut von Gesetzen und Paragraphen gesteuert und kontrolliert werden, unterstützt und gelenkt durch Zwangsabgaben, sprich Subventionen und Lenkungsabgaben – Gelder, die unabhängig von Staats- und Bundesfinanzen in Milliardenhöhe fliessen sollen. Alle diese Eingriffe hebeln den Markt komplett aus. Schon heute rentieren die bewährten Schweizer Wasserkraftwerke nicht mehr – und der Ruf nach weiteren Subventionen ist unüberhörbar.

Zukünftig soll in Bern entschieden werden, wer wann wieviel Strom produzieren und wer wann wieviel Strom verbrauchen darf – alles Merkmale einer Planwirtschaft. Es ist nach Ansicht der ACE ein Gebot der Ethik, einen solchen fundamentalen Kurswechsel der Schweizer Bevölkerung zur Abstimmung vorzulegen.

Zwischen Glauben und Wissen

Oft glaubt die Politik zu wissen, was die Stimmbürger wollen. Dies trifft jedoch längst nicht immer zu. Aus einer Reihe von kantonalen Energievorlagen seien drei kurz erwähnt:

- Im Kanton Schaffhausen lehnte die Bevölkerung am 8. März 2015 eine vom Parlament gewünschte Revision des Energiegesetzes, die den Ausstieg aus dem Atomstrom ermöglichen sollte, mit 58 % ab.
- Im Kanton Bern wurde die Volksinitiative Bern erneuerbar, die verlangte, dass bis 2050 alle Energie für Heizung und Warmwasser erneuerbar sein muss, mit 65% abgelehnt.
- Im Kanton Freiburg wurde eine Revision des Energiegesetzes, welche verlangte, dass bis 2025 alle Boiler und Elektroheizungen zu ersetzen seien, mit 51% abgelehnt.

Und last but not least wurde auf Bundesebene die Initiative der Grünliberalen, welche eine ökologische Steuerrevision forderten, im März 2015 mit einem der massivsten Nein-Stimmen-Anteile abgelehnt, die es in der modernen Schweiz je gab – mit 92 % der Stimmen.

Es gehört zu den Anliegen und Zielen der ACE, politische Diskussionen und Auseinandersetzungen sachlich zu führen. Und es ist daher aus ihrer Sicht ein Gebot der Ethik, der politischen Kultur und auch der Fairness unseren Nachkommen gegenüber, der Schweizer Bevölkerung die Gelegenheit zu geben, die Vor- und Nachteile der Stromstrategie sorgfältig gegeneinander abzuwägen und in Kenntnis der Dinge darüber abzustimmen. Wie es sich für ein Land mit einer grossen demokratischen Tradition gehört. Es wäre traurig, wenn die Schweizer Energiepolitik eines Tages wie Andersens Märchen enden würde.

Aus diesen Gründen fordert die ACE eine Volksabstimmung über die Energiestrategie 2050:

- **Unübersehbare Kosten für Bürger, Steuerzahler und Stromkonsumenten**
- **Die Energiestrategie 2050 wird einen höheren Strompreis in unbekanntem Ausmass zur Folge haben; die Konsumenten, Haushalte und Unternehmen müssen in Kenntnis der Dinge darüber befinden können**
- **Ein fundamentaler Kurswechsel in Richtung gelenkter Strommarkt; Politik sollte ihr Vorgehen mit der Konsultation der Bevölkerung absichern und legitimieren**
- **Die demokratische Tradition der Schweiz verlangt, dass über solche Grossprojekte abgestimmt werden kann**
- **Von Strompreiserhöhungen werden die sozial Schwächsten am härtesten getroffen; über die sozialen Folgen der Energiestrategie muss gesprochen werden.**

**«Aber er hat ja nichts an!»
sagte endlich ein kleines Kind.
«Aber er hat ja nichts an!»
rief zuletzt das ganze Volk. Das
ergriff den Kaiser, denn es
schien ihm, sie hätten Recht;
aber er dachte bei sich:
«Nun muß ich die Prozession
aushalten.» Und die Kammer-
herren gingen noch straffer
und trugen die Schleppe, die
gar nicht da war.**

Impressum

CHRISTEN
ENERGIE

Redaktion:

Arbeitsgruppe Christen + Energie (ACE)

3000 Bern

info@christenenergie.ch • www.christenenergie.ch

PC: 30-24294-0